

Nur eine Wette Wer beerbt OB ?

Variante 1: Die Partei hat einen Fraktionsvorsitzenden (Gerd Grünewaldt), er scheint mit dem Erreichten sehr zufrieden – ob er mehr will?

Variante 2: Im Martinsviertel grast Dr. Harry Neß, profiliert sich (aktive Teilnahme an Veranstaltungen) und sammelt eifrig wie das Eichhörnchen Nuß für Nuß, Punkt für Punkt. Macht die „neue Sachlichkeit“ allein schon den OB?

Variante 3: Knechteln will heute keiner mehr.

Variante 4: Die alte Riege: Blöcker? „Nein danke, er hat schon genug erreicht“.

Variante 5: Könnte in DA der Seeheimer Kreis in Vergessenheit geraten sein und Peter Benz sich wieder freistrampeln aus des OB Kielwasser? Denkbar wär' – die Genossen rechnen heute nicht damit.

Variante 6: Die graue Eminenz, Eike Ebert, besonders profiliert durch Sparkassendirektorentätigkeit (oder Verdienst?) durch die Lex Ebert, welche solches erst ermöglicht – besonders protegiert durch's Echo, rechter Hard-Liner. Heute rennt er in Bonn gegen Mauern – wird er's?

Variante 7: Der OB läßt sich (mangels qualifizierter Führungskraft) von seinen Genossen noch einmal bitten.

Variante 8: Dr. Klaus Wolbert – damit des OB Kulturdenkmal auch ja weiterverwaltet werden kann (die SPD-Mitgliedschaft erhält er ehrenhalber).

Variante 9: Die große Unbekannte.

Wir haben gewettet und trinken den Champus; auf wen haben wir wohl gesetzt? (red.)

Sie lesen

- S. 3 Startbahn West für Golfkrieg
- S. 5 Architekten greifen OB Metzger an
- S. 7 6000 Wohnungen zu wenig
- S. 13 Frischer Wind im Landesmuseum
- S. 16 Lokführer vor Gericht
- S. 17 Neue Bahnhöfe in Darmstadt?
- S. 18 Wer da wohl so glücklich ist?
- S. 19 Wer das liest, ist kein Schwein

Nächste Ausgabe:
Freitag, 24.5.1991

Bösen Nachbarn entronnen

Ellen James, über deren „Fall“ wir einige Male berichtet haben, hat für sich und ihre beiden Töchter nun eine neue Wohnung gefunden und ist auch schon umgezogen. Zuletzt hatte ein Rassist den Autoreifen ihres farbigen Ex-Ehemannes durchstoßen. (rai)

Nicht autorisiert?

Ein Telefon-Interview mit Michael Will (ehemals Grüner) hatten wir mit den Worten eingeleitet: „Wir möchten gern veröffentlichen, was denn nun eigentlich stimmt: Mal wird berichtet, Du habest geäußert, es gäbe einen Antisemitismus bei Darmstadts Grünen, und Du selbst demontierst?“ Das Interview haben wir in der Ausgabe 17 gedruckt. Will erklärte gegenüber Dritten, er habe die ZD nicht autorisiert, zu veröffentlichen. Warum hat er dann geantwortet? (mg)

Tiefgarage in der Versenkung?

Anfang März spricht sich der SPD-Ortsverein Paulusviertel gegen den Bau einer Tiefgarage unter dem Marktplatz aus. Andere Ortsvereine folgen und auf dem Unterbezirks-Parteitag am 20.4.1991 entscheiden sich die Delegierten mehrheitlich gegen ein solches Garagenkonzept. Dieser Widerstand bezeichnet ein neues verkehrspolitisches Bewußtsein der Parteibasis: Innerstädtische Garagen ziehen, so die Argumentation den motorisierten Individualverkehr magisch an. Gewollt ist aber das Gegenteil: Die Innenstadt soll von PKW entlastet, der Öffentliche Personennahverkehr hingegen energisch ausgebaut werden. Ein Parkleitsystem und verbesserte Park-and-Ride-Möglichkeiten, im

Verkehrskonzept der SPD enthalten, seien Schritte in die richtige Richtung, die Ausweitung des innerstädtischen Parkraumangebots aber das „falsche verkehrspolitische Signal“. Die Argumente sind vernünftig. Deshalb mag OB Metzger das Abstimmungsergebnis auch nicht so sehr als persönliche Niederlage sehen („damit kann ich leben“) – in der Koalitionspflicht sieht er sich aber. In den SPD-FDP-Vereinbarungen vom April 1989 ist der „Bau einer Tiefgarage unter dem Marktplatz“ festgeschrieben. Für die FDP ist die Marktgarage Teil eines Gesamtkonzepts. Dr. Rüdiger Moogs(CDU) gegenüber der ZD: „Es ist richtig, die Tiefgarage zu bauen.“



In Cannes läßt Mercedes Benz ihre Automobile von Journalisten vorkosten. Die Kulisse vor dem Meer, vor großen Hotels hält mehr her als die zerstörten Wälder (hier im Erzgebirge). Ein Test-Auto haben wir nicht bekommen, aber die Foto-Montage zeigt den S-Klasse-Dinosaurier vor den Folgen, die er hier mit verursachen wird: Nur 20 Liter Benzin soll die Karosse laut Werksangabe schlucken – also mehr. (Foto as)

Hier fährt der Chef selbst Möchtegern-Test eines S-Klasse Daimler

Einen neuen Daimler der S-Klasse – wer würde ihn nicht gerne fahren? Haben wir uns gedacht und wollten einen Testbericht schreiben. Doch damit war es nichts: „Da müssen Sie bis 1992 warten, aber rufen Sie doch mal in Stuttgart in der Zentrale an“. Gewählt, verbunden: „Ein Testfahrzeug, nein, das ist nicht möglich“, erklärt uns ein freundlicher Presse-Sachbearbeiter. „Wie konnten dann schon Berichte veröffentlicht werden?“ Seine Antwort: „Wir haben die Journalisten nach Cannes eingeladen, und da hatten sie Zeit, ein Fahrzeug zwei Stunden zu fahren.“ Die Journalisten müssen viel Zeit haben, dachten wir uns – die fahren für einen Auto-Test nach Südfrankreich? – müssen die das aber wichtig nehmen, oder ist's die Bestechungsreise der DB, die Kost und Logis übernimmt? Kann man in Cannes in zwei Stunden austesten, ob die 20 Liter (des 12-Zylinders) stimmen? Oder sollten es gar 30 sein? Gibt es in Cannes die alltäglichen schmalen Gassen, in denen heute vor und zurück gesetzt werden muß? Oder versteckt die DB ihre Dinosaurier hinter der Internationalität, damit die Unzeitgemäßheit ihrer Automobile mit dem Flair der großen weiten Welt ablenken von den hier fallenden Wäldern? Von den engen Straßen, von den Staus? Was wäre das für eine Sensation gewesen – die führende

Automobilfabrik der Republik hätte melden können: Wir haben die Luxuslimousine, die nicht nur Komfort, Sicherheit und Großkotzertum bietet, sondern eine neue Superlative des Automobilbaues: das Auto, das die Wälder, die Menschen und die Städte schon; das Luxus-Auto ohne schädliche Abgase! Stattdessen wird die Blechkiste größer, länger und belastender, 12 Zylinder (hört sich gut an) sind nur gut, um noch mehr Dreck in die Luft zu blasen. Wie kommen sich eigentlich unsere Fahrer der Luxusmobile als Umweltschweine vor? Kommt da sowenig rüber von dem Niedergang der Natur, daß alle blindlings sofort so einen Saurier aus Opas Zeiten ordern? 180.000 sollen bereits vorbestellt sein. Unsere Journalie lobt alles Technische über den grünen Klee – immerhin ist das Automobil (Ersatz für die Freiheit, die wir meinen, oder so etwas ähnliches) der FAZ soviel wert, daß sie gar meint, eine Ahnenreihe von Blechkarossen und mehr noch belobigen zu müssen? Daimler S-Klasse gestern, mehr noch vorgestern: Ein Traum, Daimler heute gedanken- und rücksichtslose Holzfällerei. Was hat ein Autofahrer denn im Wald zu suchen? wird der Daimler-Fahrer fragen – nichts – außer der neuen Straße! (Jetzt kriegen wir wieder keine Annonce, hatten wir eh nicht!) M. Grimm

Grausige Machtspiele

Der Golfkrieg ist vorbei? Auch dieser war nicht geeignet, politische Probleme zu lösen. Will man Kriege überhaupt einen Sinn zubilligen, dann allenfalls den, Waffen (an denen man zuvor verdient hat) zu zerstören oder gegnerische Machthaber zu stürzen. Die Kriegsmaschinerie kann vielleicht einen brüchigen Frieden herbeibomben, dauerhaft wird er erst dann, wenn politische Lösungen gefunden werden, um die Konfliktregion zu befrieden.

Gerade am Golfkrieg zeigt sich dies exemplarisch: Am Ende der Bombardements stehen Hunger, Tod, Umweltzerstörung und ungelöste politische Probleme. Machtspiele und Ranküne um Vorrangstellung, Unabhängigkeit oder

Syndrom ist überwunden, und mehr noch, die Zähmung des Raubtiers Saddam geht als „Vorbild für neues Handeln“ in die amerikanische Geschichte ein.

Wer es also noch einmal wagen sollte, den USA ihre Stellung als Hegemonialmacht im Nahen Osten streitig zu machen, der weiß, was ihm blüht. Jederzeit würden die westlichen Industrienationen – von Miesmachern immer noch diffamierend „Kolonialmächte“ genannt – dem Ruf des „Weltpolizisten“ folgen. Schließlich gilt es, ihr Stück vom Kuchen vehement zu verteidigen. Springen wieder genug Dollars und Waffen dabei raus, sagen die entscheidenden arabischen Staaten bestimmt auch nicht nein. Zwar brauchen die mehr Streicheleinheiten, leicht bestechlich sind sie aber allemal. In der „neuen Weltordnung“ ist die Welt also in Ordnung.

Bush hatte das Steuer fest im Griff. Und ausgerechnet jetzt machen ihm diese Kurden einen Strich durch die Rechnung. Gerade hatte der amerikanische Staatschef die letzten Skeptiker überzeugt, daß seine „Vision einer neuen Welt“ allen Völkern Gerechtigkeit bringt, da erdreisten sich die Kurden, der Weltöffentlichkeit das Drama eines Völkermordes zu bieten – wo bleibt da der amerikanische Gerechtigkeitsdrang? Vielleicht hätte die Zensur nicht so früh aufgehoben werden dürfen.

Woher die Kurden bloß all ihre Waffen haben? Im Sinne einer Strategie ausgewogener Machtverhältnisse in Nah-Ost besitzt Saddam aber noch genügend militärische Schlagkraft, um Herr der Lage und des Irak zu bleiben.

Nicht auszudenken, wenn Kurden die Kontrolle über den Norden Iraks bekämen, schließlich befinden sich dort wichtige Ölquellen. Und das gerade jetzt, wo Saddam zu einem berechenbaren Sicherheitsfaktor zurechtgebogen worden ist. Freund und Bündnispartner Türkei ist auch nicht begeistert, also was tun?

Kein Problem für den Weltpolizisten USA. Schließlich hat er Erfahrung mit solch lästigen Erscheinungen wie sogenannten Widerstandskämpfern, die schon in Nicaragua, El Salvador und anderswo versucht haben, den „Weltfrieden“ zu stören. Diese Störer müssen jedenfalls kontrolliert und entwaffnet werden, und möglichst sollte das Unternehmen nach allen Regeln der humanitären Kunst von statten gehen. „Schutzonen“ – das klingt doch gut. Es werden einfach nur Flüchtlinge in die Lager gelassen, die ihre Waffen abgeben. Der Hunger hat schließlich noch jeden besiegt.

In ein paar Monaten, wenn sich die Weltöffentlichkeit wieder beruhigt haben wird, können sich die USA als Schutzpatron diskret zurückziehen. „Wir haben unsere Mission erfüllt“ wird es heißen. Der Irak und die Türkei sollen dann unter sich ausmachen, wer den Stacheldraht ausbessert. Die UNO steht sicher hilfreich zur Seite.

Dorothea Schütze

Und sie bewegt sich nicht...

Darmstädter SPD folgt der Kanzel-Predigt

Wenn vor Wahlen in Niederbayern die Schäfflein von der Kanzel herab nicht nur den Segen empfangen, sondern dazu auch noch die pastorale Aufforderung, einer bestimmten Partei den Vorzug zu geben, wundert das niemanden. Wenn in Darmstadt der SPD-Spitze publizistischer Parallel-Läufer Klaus Staat, rechtzeitig zum Frühstück und kurz vor der Abfahrt nach Wixhausen, den Genossinnen und Genossen noch einmal klarmacht, wo es auf dem SPD-Unterbezirksparteitag langzugehen habe, wird man ihn nun den Darmstädter Partei-Pastor nennen müssen. Staat, in Sachen Gehaborn genauso unbeweglich wie die Darmstädter SPD, hatte den Delegierten dies auf den Weg mitgegeben: Hart bleiben bei Gehaborn, um Gotteswillen aber ‚Nein!‘ zur Marktplatz-Tiefgarage.

Genauso kommt's: Der Parteitag verschließt sich jeglicher Gegenargumente und erteilt seinen Mehrheitssegens für Golfplatz und Technologie. Das Tiefgaragen-Konzept wird zum Kummer des Oberbürgermeisters verworfen und der Fraktion empfohlen, sich in diesem Sinne mit dem Koalitionspartner zu einigen. Das alles steht, weil vorher intern beraten und festgeklopft, auch schon vor dem Parteitag fest. Der freundlichen Hinweise des Parteitags-Souffleurs Staat hätte es also gar nicht bedurft.

Daß er in seinem ‚Wort zum Samstag‘ keine personelle Empfehlung für den neuen Unterbezirksvorstand (UBV) abgegeben hatte, mochte unter den obwaltenden Umständen verwundern, nicht aber, daß wiederum keiner der sogenannten Linken auch nur die Spur einer Chance gehabt hätte. Im Gegenteil, Biederkeit und Politikenthaltung werden belohnt: Mit stattlichem Stimmenanteil gelingt durch Protektion Eberts dem Vorsitzenden der Waldkolonie-SPD, Horst Janda, der erhoffte Sprung in den UBV. Damit darf die endgültige Befriedung dieses einst ungeliebten Ortsvereins als

vorerst abgeschlossen festgestellt werden. Arheilgen, früher auch widerspenstig, ist mittlerweile fest in rechter Hand (Grünewaldt, Benz), und so bleibt allein der damalige Dritte im Bunde, der Ortsverein Johannesviertel bestraft: sein als links geltender Vorsitzender Michael Siebel bleibt vor der Tür; das gilt auch für Sabine Seidler, agile Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und Karl-Hermann Ritter. Der Landtagsabgeordnete muß bei den GenossInnen irgendwie versch... haben.

Günther Metzger kündigt erneut an, daß für ihn in zwei Jahren Schluß sei - bis zum letzten Tage werde er ein äußerst aktiver Oberbürgermeister bleiben. Seine Nachfolge wird sich wohl noch in diesem Jahr klären. Ansonsten bleibt alles beim alten. Die Darmstädter SPD verharrt in vorgalileischer* Zeit.

*Galileo Galilei (1564-1642), Begründer der modernen Physik, ist auch durch einen Spruch bekannt, der gar nicht von ihm stammt: „eppure si muove“ („und sie bewegt sich doch“).
Klaus Maat

Kriminelle Arbeit des CIA in Mittelamerika

Die Aktionen des amerikanischen Geheimdienstes und die Rolle des jetzigen US-Präsidenten (und ehemaligen CIA-Chefs) George Bush in Mittelamerika – Stichwort: „Contragate“ – hat der Darmstädter Gerd Bausch anhand umfangreicher Analysen vor zwei Jahren veröffentlicht. Darin stützt er sich auf Quellen aus den Regionen, Bausch besuchte Nicaragua, und bezog Informationen des ‚Christic Institute‘, eine gemeinnützige Anwaltskanzlei in Washington DC, die auf eigene Faust Ermittlungen betreibt. Ihr erster Fall war die Atomarbeiterin Karen Silkwood. Bausch arbeitet zur Zeit für die Synchronisation des Dokumentarfilms „Cover up“ der US-Journalistin Barbara Trent, in dem die internationale Verstrickung des CIA und der Iran-Contra-Skandal beleuchtet werden. Die Broschüre gibts für 5,- DM bei Gerd Bausch, Rühlleinweg 8, 61 DA.

J. Hecker

Freunde von Ilja Weiss?

Rot-grüne Koalition schränkt Tierschutzbeauftragten ein

Nichts, aber auch gar nichts wollte der sonst stets mediengängige Tierschutzbeauftragte Ilja Weiss dazu sagen, wie er sich in seiner ihm jüngst verordneten Rolle sieht: vom Hessischen Sozialministerium, wo er direkt einem Staatssekretär unterstand, ist er der grünen Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Iris Blauel, untergeordnet worden, zu der Abteilung für Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen. Unzufrieden ist er mit dieser nach seinen Worten „vorübergehenden Lösung“ allemal. Seine Beschwerde hat er der neuen Koalitionsregierung bereits vorgetragen. Der Unfallchirurg, Dr. Werner Hartinger, kommentiert die Verlegung des Tierschutzbeauftragten zur Lebensmittelüberwachung mit einer Parabel: „Niemand käme auf die Idee, sich die Qualität vegetativer Ernährung von einem Metzger bewerten zu lassen“.

Doch mit einer Zurückführung zu der vorherigen Regelung wären Ilja Weiss und die hinter ihm stehenden Tierschutzverbände wohl kaum zufrieden, strebten sie doch schon im vergangenen Jahr unter der CDU-Regierung danach, allein dem Parlament gegenüber verantwortlich zu sein - vergleichbar dem Hessischen Datenschutzbeauftragten.



Kurden finden endlich Gehör

In den letzten Wochen sind die DarmstädterInnen täglich auf den „Völkermord an den Kurden“ aufmerksam gemacht worden, wie bei der Aktion auf dem Foto. Auf dem Luisenplatz bietet das Solidaritätskomitee Informationen an und ruft die Bevölkerung zu Solidarität und Spenden auf. Mehrere Tausend Mark haben die Kurden bisher gesammelt, die sie an Medico International und die „Kurdish Relief Association“, einer kurdischen Hilfsorganisation in Syrien und dem Iran, weiterleiten. Mit Unterschriftensammlungen soll Druck auf Abgeordnete und die deutsche Regierung ausgeübt werden.

Wo ist unser OB ?

Mit der Bitte um finanzielle Unterstützung wandten sich die Kurden am 5. April an die Stadt Darmstadt. Als sie morgens anriefen, um sich beim Oberbürgermeister anzumelden, habe sie die Sekretärin abgewimmelt, berichtet ein Sprecher des Solidaritätskomitees. Metzger sei angeblich in Heidelberg. Als die Kurden kurze Zeit später trotzdem ins Rathaus gehen, treffen sie den OB auf dem Gang. In einem folgenden Gespräch habe er ihnen zugesagt, auf der nächsten Magistratssitzung eine finanzielle Hilfe beraten zu lassen. In der Darmstädter Tagespresse erscheint der OB als Initiator der Hilfsaktion: „Metzger ruft zu Spenden auf“, titelt das DE. Tatsächlich wurde auf der Magistratssitzung eine „So-

forthilfe“ für die kurdischen Flüchtlinge beschlossen – 10.000 Mark. Doch die Überweisung des Geldes an das Rote Kreuz oder Medico International läßt noch auf sich warten, denn die CDU-Fraktion legt auf der Stadtverordneten-Versammlung am 25. 4. einen Antrag vor, den Betrag auf 50.000 Mark aufzustoocken.

„Es lebe Kurdistan!“

Einen Kulturabend mit kurdischer Musik und Tanzgruppen organisierte das Solidaritätskomitee am 19. April. Die Einnahmen aus der Veranstaltung, etwa 3500 Mark, sollen den irakischen Flüchtlingen zukommen. Lieder des kurdischen Widerstands werden gesungen und dem Publikum im Audimax traditionelle Tracht und Tänze vorgeführt. Unter dem Motto, „Nicht nur Geld und humanitäre Hilfe, sondern internationale Solidarität und eine politische Lösung helfen dem kurdischen Volk“ traten die Künstler auf. Einen Tag später, am 20. April, zieht ein Demonstrationzug durch die Innenstadt. Die Kundgebung auf dem Luisenplatz lockt 300-400 DarmstädterInnen an. Parvaneh Ghoriski, Sprecherin des Kurdistan Solidaritätskomitee in Frankfurt, macht noch einmal auf die Verantwortung der Völkergemeinschaft aufmerksam, die so lange geschwiegen und sich mitschuldig an dem Kurdenmassaker gemacht habe.

D. Schütze

Gehaborn vertagt

Der High-Tech-Park Gehaborn, ist vorerst vertagt. Rot-Grün auf Landesebene brachte die vorläufige Unterbrechung. Während noch der Regierungspräsident den Ausnahme-Antrag prüfte, spannten die Grünen Fall-Drähte. Daniela Wagner-Pätzhold sorgte dafür, daß in die Koalitionsvereinbarungen ein Passus aufgenommen wurde, der den Abweichungsantrag unterließ. Zwar wollte sich die SPD nicht auf eine generelle Sperre für diese Ausnahmeregelungen einlassen, aber ihr zuständiger Minister Jörg Jordan (SPD) erklärte im Fall Gehaborn eine Ausnahme für nicht zulässig.

Die Kommunalpolitiker haben den Überblick auch über ihre eigenen Planungen nicht. Im Liegenschaftsausschuß der Stadt Darmstadt diskutierten die Parteivertreter unter Vorsitz von Dr. Hermann Kleinstück (FDP) über den Planungsstand von Gehaborn. Michael Siebert (Die Grünen) attackierte die Planung mit fundierten Kenntnissen, denen weder FPD noch SPD etwas entgegenzusetzen wußten. Lockere Planungsspekulationen des OB („früher haben wir mit 8.000 bis 10.000 Arbeitsplätzen kalkuliert, heute gehen wir von 5.000 aus“) wußte Siebert entgegenzuhalten, daß diese sich nicht auf High-Tech-Firmen bezieht („dichte Bebauung und hohe Quadratmeter-Belegung“), sondern auf gemischte Lagerhaltung und Büro- Bebauung. Siebert bezog sich u.a. auf Gutachten, die Weiterstadts Bürgermeister Hahn seinen Gemeindevertretern bereits 21.6.1990 in einem ordentlichen Ordner zur Kenntnis gegeben hatte. Darmstadt OB zeigte sich davon nicht informiert.

Hielten wir des OB Unkenntnis eingangs noch für Taktik, erwies sich am Ende der Ausschusssitzung seine Rede als wahrhaftig, denn er fragte seinen Wirtschaftsförderer Werner Vauth: „Kennen Sie dieses Gutachten?“ Die Antwort konnten wir leider nicht verstehen, aber vor dem Wirtschaftsförderer lag der besagte rote Ordner – für Insider unübersichtbar! So werden wir in einem Raumordnungsverfahren erneut zu diskutieren haben. Dann aber haben die Natur- und Landschaftsverbände wieder ein stärkeres Gewicht.

M. Grimm

Impressum

Verleger und Herausgeber:

Michael Grimm

Unser Team :

Uta Schmitt
Ellena Huszarik
Sanne Borghia
Ingulf Radtke
Dorothea Schütze
Michael Schreiber-Bimster
Klaus Maat

Telefon: 0 61 51 / 71 98 96

Telefax: 0 61 51 / 71 98 97

Anzeigen Tel.: 0 61 51 / 71 98 96

Peter Horn, Hans Krueger

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 2

Postanschrift:

Zeitung für Darmstadt
Postfach 10 43 23, 6100 Darmstadt

Bankverbindungen:

Volksbank Darmstadt
BLZ 508 900 00, Konto 14 111 301

Spendenkonto:

Postscheckamt Frankfurt
BLZ 500 100 60, Konto 56 29 29-601

Druck:

Caro Druck
Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1

Auflage:

5.000

Abonnement:

jährlich DM 60,00 incl. 7% MWSt.

Personenbezogene Daten werden elektronisch gespeichert, ausschließlich intern für die Verwaltung eingesetzt und nach Ende des Zeitungsbezugs umgehend gelöscht.

Informanten bleiben gemäß gesetzlicher Grundlange auf Wunsch anonym.

Diese Zeitung ist vollständig (Text und Bild) mit QuarkXPress auf Apple Macintosh gesetzt.

Ein Parteigänger? Beileibe nicht!

Endlich war es soweit: Ilja Weiss hatte ein Ziel erreicht. Er war nicht Vorsitzender der bundesdeutschen Tierschützer, sondern auch ein von Ministern unabhängiger Beauftragter für den Tierschutz. Seine Tätigkeit in Wiesbaden fast so unabhängig exponiert wie die von Datenschützer Spiro Simitis, fing an erste richtungweisende Erfolge für Europa zu zeigen. Sein Pech, daß ein Regierungswechsel ins Haus stand. Er ist mehr als nur engagierter Tierschützer, er versteht das vorsichtige Taktieren mit der Parteipolitik im Interesse seiner Sache. Das führte wohl zu der gemunkelten grünen Unterstellung (u.a. von Iris Blauel, der er jetzt Rechenschaft schuldig ist), er sei

Parteigänger von Walter Wallmann (CDU) – dabei wollte Ilja Weiss nur das Beste für seine Mitgeschöpfe. Sein Gratzgang zwischen Ideal und machbarer Wirklichkeit trägt lediglich den politischen Notwendigkeiten Rechnung – er würde anders, könnte er.

Ebenso wie Datenschützer Simitis, nicht nur Aushängeschild für ein ‚Hessen-Vorn‘ war und ist, hätte auch er gerade unter einer schützenden und fördernden rot-grünen Koalition zu einem europäischen Vorreiter und Vorkämpfer für eine humanere Welt ohne Tierfolter und Qual werden können.

Da stellt sich ihm parteipolitischer Kurzblick, argwöhnisches Fraktionsdenken – absurderweise aus grüner Ecke – in den Weg. Wer Ilja Weiss parteipolitischer Position beschuldigt – hat nichts

Trotz augenblicklicher Verschwiegenheit erklärt Weiss gegenüber der ZD auf die Frage: „Werden Sie sich denn nach Abschluß der Verhandlungen über die zukünftige Rolle des Tierschutzbeauftragten wieder in gewohnter Deutlichkeit äußern?“ „Aber ganz sicher“.

Timo Rieg

begriffen, von seinem tiefverankerten jenseits dieser Interessen-Geplänkel denkenden und handelnden Zielstreben. Solange ich ihn persönlich kenne, gibt es für Ilja Weiss das Mitgefühl für Tiere und daraus resultierend die konsequente Forderung nach ihrem Schutz

Politisch könnte er sich eher auf rot-grünem (als Atomkraftgegner) als auf christdemokratischem Parkett bewegen – welch dumme Fehlleistung einer sich gerade neu formierenden Regierung.

Ich drücke Ilja Weiss die Daumen, daß seine neue Dienstherrin ihrem Tagesgeschäft ebenso blind gegenüber stehen wird, wie seiner bisherigen Tätigkeit – vielleicht behält er dann doch den notwendigen Spielraum. Wer werden weiter beobachten und berichten.

Michael Grimm

Für ein Stück Stadteilkultur

Eltern streiten um Lebensraum für ihre Kinder

Für vorbildliche Stadterneuerung ist der Stadt für das Johannesviertel (siehe Seite 18) eine Auszeichnung verliehen worden. Die Victoriastrasse wird lobend als Beispiel hervorgehoben. Als Durchgangsstraße ist sie nicht mehr befahrbar, Pflaster und Bäume sind so arrangiert, daß der Verkehr auf Parkplatzzuche reduziert ist. Heute noch blockieren Fremdparker gelegentlich die Stellplätze der Anwohner, aber dem soll abgeholfen werden, die Stadt hats zugesichert.

Rundherum ist das Viertel begrenzt von schnell befahrenen Straßen, der Kasino-, der Frankfurter- und der Pallaswiesenstraße. Für Kinder stellen diese Renn-Strecken eine nicht zu übersehende Gefahr dar. Spielnischen für Kinder sind durch geschlossene Bebauung und die vorrangige Nutzung der Straßen als Parkflächen nicht zu finden. Auf eine große Wiese um die Johannes-Kirche und auf mehrere Spielplätze möchten Eltern ihre Kinder nicht lassen, weil die Wohlstands-BürgerInnen ihre Vierbeiner zur Notdurft dorthin führen.

Und die Kinder? Ist auch für sie geplant worden? Mehrere Spielplätze und Kindertagesstätten versorgen das Viertel gut. Dennoch ist das zu wenig, denn dieses Jahr werden von 68 Plätzen gerade mal 5 frei, wieviele keinen Platz finden, ist nicht genau bekannt. An unseren Stadtplanern hängt nur bedingt, sie wollten vorsorgen: ein weiterer Hort sollte an der verkehrsberuhigten Victoriastrasse gebaut werden: Die Hausnummer 34 idyllisch zwischen alten Bäumen und fernab vom Verkehr gelegen, schien den Planern günstig. Auch die Finanzierung hatte das Parlament mit einer Million beschlossen - aber sie scheiterten vorerst an dem Einspruch von Nachbarn, die ihre Idylle in der Gründerzeit-Villa gefährdet sehen: „Wir haben nichts generell gegen Kinderlärm, aber Garantie für gewisse Störungen will man natürlich haben“, erklärt Nachbar Trojan und meint „bei einer solch massiven Bauplanung würden wir auch keine Genehmigung erhalten“.

Von der Planung bis zum Einzug vergehen gerade angesichts des Einspruchs noch Jahre, die eine Reihe von Eltern nicht warten will. „Da wird es dieses Jahr nichts und nächstes Jahr nichts und so weiter...“ klagt Jutta Habermann-Völkner, „immerhin sind wir berufstätige Mütter, die ihren Job aufgeben müssen, wenn die Kinder in die Schule kommen und keinen Hortplatz haben“. Sie haben deshalb die „Elterninitiative Johannesviertel“ gegründet, die nach Alternativen sucht, unterstützt von Ute Barwig vom Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt, das die Initiative kräftig unterstützt.

Direkt neben einem Kinderspielplatz in der Kahlertstrasse 1a wohnt der Kindergarten-

wart in einem Häuschen, das den Müttern ideal zu sein scheint. Unter Eltern und Kindern ist diese Spiel-Idylle wohl nicht allzu bekannt, denn allzu viele der Kleinen sind dort nicht anzutreffen - das mag auch an dem Mieter und Spielplatzwart liegen, der für frühe Schlußzeiten sorgt. Das Haus „weigert er sich hartnäckig zuräumen“ wie der SPD-Ortsvereinsvorsitzende, Michael Siebel, erklärt. Wen wundert, immerhin wohnt er schon mehr als 20 Jahre dort. Bürgermeister Peter Benz sagt seine Unterstützung zu und läßt mitteilen, „dem Mieter eine angemessene Ersatzlösung anzubieten“. Er sucht aber auch nach anderen Lösungen in Schulen beispielsweise, bloß davon halten die Eltern nicht allzuviel, denn sie wünschen sich einen Hort und eine Art Treff für Jugendliche, als ein Stück Stadteilkultur, in dem auch ein Kino Platz finden könnte. Mit Kritik halten sie nicht zurück: „Die finden alles gut, aber die richtige Unterstützung finden wir nicht. Kontaktadresse ist das Kreisjugendwerk der AWO Darmstadt, Telefon 714939. (mg)

Das Meer, das Shampoo und ich

„Verseuchte Strände. Sterbendes Meer“ - so prangt es drohend auf dem Titelblatt des letzten „Spiegel“ (Nr. 17/22.4.). Eine dicke, schwarze Öllache senkt sich apokalyptisch auf ein Landschaftsidyll aus vergangenen Tagen, hebt an, einen letzten Rest Blau zu ersticken.

Etwas merkwürdig Dickes steckt im „Spiegel“-Heft: Eingeklebt ist eine Probe des Shampoos „Aquavital“. Wie wundersam sich doch immer wieder des Schicksals Wege fügen! Mehrfach schon hatte ich den letzten Tropfen des eigenen Waschmittels verdünnt, das nun kaum noch in der Lage scheint, meinem schüttereren Haar eine weitere Wäsche zu ver-gönnen.

Das „Aquavital“-Tütchen bereits ausdrückbereit für die lechzende Kopfhaut in der Hand, halte ich inne. „Mit Meeresextrakten“, heißt es auf der Probe-packung, ein „Algenextrakt“ enthalte sie, zudem ein „Meeres-Biopolymer“. Kann denn aus dem Meer, dem bekanntlich alles Leben entsprang, nach „Spiegel“ noch Gutes kommen? Wird da noch etwas „stimuliert“, darf mein Restschopf „Fülle und Spannkraft“ erwarten? Ist es wirklich möglich, durch „Einmassieren“ die „Lebensquelle des Haares“, die Kopfhaut also, zu „vitalisieren“?

Oder steige ich womöglich mit Glatze und Ölfleck aus der Dusche? (rai)



Tschernobyl: Ein halbes Jahrzehnt ist am 26. April vergangen, seit das Atomkraftwerk in Tschernobyl mit einem GAU (größter anzunehmender Unfall) verheerende Folgen für Bevölkerung und Umwelt nach sich zog. In unserer heutigen Zeit der großen Zahlen wird die Katastrophe erst dann als solche aufgenommen, wenn es viele Opfer auf einmal gibt. Tschernobyl steht für etwas anderes, für die fürchterliche Wirklichkeit der mehr betroffenen Opfer danach: Mißgeburten, Organschädigungen, verküppelte und schwerbehinderte Frauen, Kinder und Männer. Doch die Zensoren arbeiten zuverlässig: Möglichst wenig soll davon die Weltöffentlichkeit erfahren, denn sonst könnte der Widerstand gegen die nach wie vor allerorts betriebenen Atommeiler zu groß werden. Glauben sollen wir alle, daß bei uns doch alles so sicher ist: Immerhin produziert Biblis seit über einem Jahrzehnt ohne großen Unfall. „Angst nach Tschernobyl“ heißt die Skulptur von dem Darmstädter Bildhauer Bal-dur Greiner vom Sommer 1986. (mg)

Verdacht bestätigt: Startbahn West für Golf-Krieg geplant

Bereits 1979, nach dem Sturz des Schahs von Persien, als im Nahen Osten für die USA ein Machtvakuum zu entstehen drohte, begannen die US-Militärstrategen mit der Planung einer „Schnellen Eingreiftruppe“ (RDF), die weltweit eingesetzt werden sollte und die gigantische Zahl von 400 000 Soldaten umfaßte. Im Mai 1979 bereits beschrieb das US-Militärmagazin „Fortune“ die Pläne dieser Truppe. Fall 4 der Kriegsszenarien formulierte die „Krisensituation“, daß der Irak in Kuwait oder Saudi-Arabien einmarschiere. Für diesen Fall planten die Strategen des Pentagon schon damals, zuerst die Truppen des Irak und die Ölfelder zu bombardieren, wie es zwölf Jahre später im Golf-Krieg auch geschah. Für kriegerische Einsätze, die den Transport von derartig vielen Soldaten und Kriegsmaterial voraussetzte, war eine neue militärische Infrastruktur erforderlich.

Drehscheibe Rhein-Main

Nicht nur in Saudi-Arabien machten sich die USA daher an den Ausbau der militärischen Anlagen. Auch in der Bundesrepublik, stets Drehscheibe für US-Interventionen nicht erst seit dem Vietnamkrieg, wurden militärische Unterstützungsabkommen zwischen der Bundesregierung und dem Weißen Haus geschlossen. Die militärischen Anlagen und besonders die Start- und

Landebahnen wurden ausgebaut, auch der Rhein-Main-Flughafen. Die Mai-Ausgabe 1981 der Manager-Zeitung „Fuchsbriefe“ stellte den Zusammenhang zwischen dem Bau der Startbahn West und den Pentagon-Plänen her: „Zur umkämpften dritten Startbahn in Frankfurt hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß die US-Air-Force auf dieser Kapazitätsausweitung besteht und drängt... Frankfurt sei für die Air Force - so sagen die Amerikaner - als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerlässlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden“.

Im selben Jahr unterstrich Hermann Bohle in der Zeitschrift „Wehrtechnik“ (4/81), dem Sprachrohr der Rüstungslobby, die strategische Bedeutung des Rhein-Main-Flughafens für den Nahen Osten: „Andere Paktstaaten stellen Soldaten für Südwest-Asien zur Sicherung der Rohstoff- und Rohölstraßen. Dafür werde die Bundesrepublik die Transit-Stelle bilden, über die vor allem amerikanische Truppen und US-Material... ins Krisengebiet geschafft werden. Die USA lassen nicht den geringsten Zweifel, daß sie Mittelost mit absoluter Priorität behandeln. Der »Host Nation Support« wird zum Kernthema für den

deutschen Sonderbeitrag zur Sicherung des Mittleren Ostens durch die USA und einige Alliierte.“

Luft-Land-Schlacht-Plan

Sowohl das „Host Nation Support Program“ als auch der „Air-Land-Battle-Plan“ sind angewiesen auf ausreichende Flugkapazitäten. In ersterem sichert die Bundesregierung den USA zu, im Kriegsfall für Unterkünfte und

Klinikplätze für die Soldaten sowie die Unterhaltung der Flughäfen und anderer militärischer Einrichtungen zu sorgen. Dieses Konzept setzen die „multinationalen Streitkräfte“ im Krieg gegen den Irak erstmals ein, wie die „International Herald Tribune“ schreibt, anscheinend ohne ihren Zynismus zu bemerken, als sie titelte „War to test the Air-Land-Battle-Plan“ (Krieg zur Probe des Luft-Land-Schlacht-Planes).



„Äußerste Brutalität sollte den Widerstand gegen die Startbahn 18 West brechen: Im Herbst 1981 erreichte der Kampf mit dem Sturm des Hüttendorfes seinen Höhepunkt - gebaut wurde doch. Warum, lesen Sie im Artikel „Verdacht bestätigt“.

(Foto Archiv)

Selbstbedienungsladen

Nicht jedem, der des Verdachtes einer strafbaren Handlung wegen vor Gericht befohlen wird, steht das Recht zu, sich für die Kosten aus dem Stadtsäckel zu bedienen. In natürlich nicht öffentlicher Magistrats-Sitzung läßt unser OB beschließen - so unser Informant -, daß die Anwaltskosten (es sollen 50.000 DM sein) für die Klage wegen Verstoßes gegen Umweltschutzbestimmungen dem Steuerzahler auferlegt werden. Nichts ist auch daran zu finden, daß dieser öffentliche Obolus an die Partner seines eigenen Anwaltsbüros geht - oder? Noch mehr Nutznießer des öffentlichen Steuersäckels haben wir in unserer städtischen Regierungs-Riege. Heino Swyter (FDP), Umwelt-Dezernent, auch er, pardon, sein Anwalt (SPD) wird nach Magistratsbeschluß bedient. Und Stadtrat Dr. Rösch (CDU), gegen den die Ermittlungen eingestellt wurden, durfte dann auch nicht zu kurz kommen, er ist allerdings nicht ganz so teuer (DM 4343). Dazu ist anzumerken: Der Fehler lag bei den Juristen, die ihn erst anklagen wollten, es sich dann aber doch anders überlegten und einstellten. Seine Anfrage wegen Übernahme der Kosten blieb solange unbeantwortet, bis der OB selbst betroffen war.

Zwar sind die Herren Regierenden versichert auf Übernahme der Verteidiger-Kosten, soweit es sich um Entscheidungen aus dienstlicher Tätigkeit und um Beschlüsse aus dem Magistrat handelt, aber vollständig sind diese Kosten nicht gedeckt. Es handelt sich demnach „nur“ um die nicht von der Allianz übernommenen Rest-Kosten (insgesamt sollen sich die Kosten auf rund 200000 DM belaufen).

Freifahrtsschein gewissermaßen für Politiker, die sich nicht an Gesetze gebunden fühlen.

Für den Bürger, der nicht Bürgermeister ist, gibt es keine „Prozßkosten-Hilfe“ im Strafverfahren. Es kann lediglich ein Pflichtverteidiger bestellt werden, der mit DM 100 pro Verhandlungstag abrechnet. Also brauchen Sie, liebe/r LeserIn, keinen Antrag bei der Stadt Darmstadt einzureichen, Sie bekommen keine Unterstützung aus dem Stadtsäckel. Normalerweise rechnen Anwälte vor der ersten Instanz des Landgerichtes mit Gebühren in Höhe von mindestens 100DM und höchstens 1240DM ab. Ausnahmen davon bilden sogenannte Gebührenvereinbarungen, die zwischen Angeklagtem und Rechtsanwalt geschlossen werden.

Ergo hat unser Oberbürgermeister mit seinem eigenen Anwaltsbüro eine solche Vereinbarung geschlossen und die Not (staatlicher Strafverfolgung) zur Tugend (des Geldverdienens) gewandelt.

p.s.: Unsere Politiker haben sich für ihre künftigen Verstöße gegen bestehende Gesetze rechtsschutzversichert (diese übernehmen eben nur nicht die volle Höhe). Ob das Stadtsäckel auch eine Geldstrafe hätte tragen müssen, oder ist die gar schon einberechnet?

Der Prozeß ist vorübergehend ausgesetzt, da weitere Gutachten angefordert sind. Über den Fortgang und die Geschichte des Schlachthofes werden wir berichten.

Michael Grimm

Druck von den Amerikanern?

Die iranische Revolution beendete die Vorrangstellung der USA in Nah-Ost und drohte den US-amerikanischen Einfluß auf die Öl-Märkte zu begrenzen. Kein Zufall also, daß in der darauffolgenden Zeit für den Aufbau der „Schnellen Eingreiftruppe“ auch der wichtigste militärische Umschlagplatz der Bundesrepublik, der Rhein-Main-Flughafen, erweitert wurde. Nicht ganz unter einhelliger Zustimmung der deutschen Politiker allerdings, wie ein Zitat des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Klose zeigt: Er meinte, daß der damalige hessische Ministerpräsident Holger Börner in Bezug auf den Flughafen ausbau „möglicherweise nicht ganz aus freien Stücken“ handelte und damit andeutete, daß die USA ihn eventuell unter Druck setzten. Im Zentrum der Planung amerikanischer Kriegsstrategen liegt die Rhein-Main-Airbase. Tage- und besonders nächtelang starteten hier die Galaxy-Transporter für den „effektivsten Krieg“ der Geschichte, dessen sich die Schreibtischtäter des Weißen Hauses heute rühmen. Ein Krieg, der im fernen Nahen Osten stattfand und dessen Folgen jetzt erst sichtbar werden - für uns beginnt der Nahe Osten 30 km weiter nördlich. Ausfahrt Zeppelinheim, Air-Base.

Gerd Bausch